

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

94 (23.4.1920)

Proletariats ist der politische Ausdruck für die Uebernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, ist ein Uebergangsstadium für die Zwischenzeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialistische Demokratie zur vollen Geltung kommt.

Auch diese Formulierung bedeutet gegenüber früheren eine gewisse Abschwächung. Wäre gesagt, daß die Diktatur des Proletariats auf gewaltlosem Wege erstrebt wird durch die Demokratie, die politische Gleichberechtigung aller, so wäre nur noch zu fragen, ob für eine solche verfassungsmäßige Machtstellung der Arbeiterklasse noch der Ausdruck Diktatur am Platze ist, mit dem man gemeinhin den Begriff einer Gewalt Herrschaft verbindet.

Wenn später von „Aktionen der Masse“ gesprochen wird, so bleibt wiederum die Frage offen, ob diese Aktionen auf der Basis der politischen Gleichberechtigung oder auf einer anderen vorgehen sind.

Für die Sozialdemokratische Partei bestehen solche Fragen nicht. Sie vertritt ohne alle Umstände den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung, und sie kann die Gewalt nur als ein Mittel anerkennen, die Gleichberechtigung gegen Gewalt zu verteidigen. Sie ist der Ueberzeugung, daß es zunächst einmal gelingen muß, die Mehrheit des Volkes zu einem Bewußtsein zum Sozialismus zu bewegen, bevor man an die viel schwerere Aufgabe, den Sozialismus zu verwirklichen, herangehen kann, daß der Sozialismus nur durch das Volk selbst verwirklicht werden kann, und daß jeder Versuch, ihn dem Volke aufzuzwingen, den schwersten Schaden für die Sache bringen müßte.

Dunkel wie zuvor bleibt der „Sinn des Rätesystems“. Die unabhängige Parteileitung hätte die Pflicht gehabt, doch etwas näher auszuführen, wie sie sich dieses Rätesystem vorstellt. Spricht man vom Rätesystem, so denkt man zunächst an die russische Sowjetverfassung, die uns wahrhaftig kein lohnendes Ziel ist. Die Unabhängigen wollen aber die Sowjetverfassung auch nicht, sonst wären sie Kommunisten. Der unabhängige Wahlauspruch zeigt keine klaren Wege und Ziele, sondern ist das Produkt einer vermittelnden Diplomatie.

Entweder man ist Sozialdemokrat oder man ist Kommunist! Die Unabhängigen glauben in der Mitte am sichersten zu gehen — aber es gibt keine Mitte!

Politische Uebersicht.

Die Politik des Zentrums.

Vom 17. bis 19. April tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Abg. Trimborn der Reichsausschuß der Zentrumspartei. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, die unter dem Zeichen der kommenden Wahlen standen, bewegte sich, wie die „Germania“ mitteilt, die Besprechung der innerpolitischen und parteipolitischen Erneuerung der Partei. Die Auffassung derjenigen Kreise in der Partei, die der Koalitionspolitik kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen, wurde nach den Mitteilungen des Blattes in der Debatte berücksichtigt. Es habe sich vollständige Einmütigkeit darüber ergeben, daß das Zusammenarbeiten mit der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei die Fraktion vor vor die schwierige Aufgabe gestellt habe, ihre Grundzüge in einer Koalition zur Geltung zu bringen, in der auch Parteien, die ganz anders gerichtete Tendenzen hätten, vertreten seien, diese Zusammenarbeit aber geleitet werden sei, ohne daß die Fraktion ihre Grundzüge hätte aufgeben müssen, daß diese Zusammenarbeit im vaterländischen Interesse notwendig gewesen und sich für das Reich als nützlich erweisen habe. Was die Zukunft anlangt, so herrsche Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion vollständige Entscheidungsfreiheit besitze und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein werde vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm aufzustellen zu bringen, das eine gedeihliche Förderung der deutschen Politik gewährleisten würde. In einer Entschließung wurde im Sinne dieser Darstellung die folgende Auffassung festgelegt:

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjew.

„Sie schämt sich! — da tut sie sehr unrecht. Denn erstens kennst du meine Denkungsart.“ Arkadi liebte diesen Ausdruck — „und zweitens — es sollte mir leid tun, wenn ich dich auch nur im mindesten in deiner Lebensweise in deinen Gewohnheiten störte. Zudem bin ich überzeugt, daß du keine schlechte Wahl getroffen haben kannst; und wenn du ihr gestattest hast, mit dir unter demselben Dache zu wohnen, so — ist sie dessen sicherlich würdig. . . Jedenfalls ist der Sohn nicht der Richter eines Vaters wie du bist, der mich niemals in meiner Freiheit beschränkt hat.“

„Arkadi hat anfangs mit bebender Stimme gesprochen: er kam sich großmütig vor und doch war er sich gleichzeitig bewußt, daß er seinem Vater gewissermaßen den Text las. Aber der Klang der eigenen Stimme macht dem Menschen Mut, und Arkadi trug den Schluß mit fester, ja sogar effektvoller Stimme vor.“

„Ich danke dir, Arkadija,“ versetzte Nikolaus Petrovitch etwas dumpf und fuhr sich wieder mit den Fingern über Stirn und Brauen. „Seine Voraussetzungen sind wirklich nicht unbegründet. In der Tat, wenn dieses Mädchen es nicht verdiente. . . es ist dies keine leichtsinnige Raine. Es ist mir etwas genant, darüber mit dir zu sprechen; aber du begreiffst, daß es ihr schwer fällt, hier vor dir zu erscheinen, besonders an dem ersten Tage nach deiner Ankunft.“

„Wenn es sich so verhält, werde ich sie selbst holen gehen,“ rief Arkadi in einem neuen Anfall edelmütiger Gefühle und damit sprang er vom Stuhle auf. „Ich werde ihr auseinandersetzen, daß sie vor mir durchaus nicht zu erröten braucht.“

Nikolaus Petrovitch war ebenfalls aufgestanden. „Arkadi,“ begann er, „bitte, tue mir den Gefallen. . . es geht nicht an. . . es ist da. . . ich habe dir noch nicht erzählt.“

Aber Arkadi hörte ihn nicht mehr, er eilte bereits fort. Nikolaus Petrovitch sah ihm nach und sank beklommen

Das eminente vaterländische Pflichtgebot forderte von der Fraktion des Zentrums als einer Minderheitspartei, mit anderen Parteien, soweit sich ein Boden für die gemeinsame praktische Arbeit finden ließ, zusammenzuarbeiten. Wer ein solches Zusammenwirken beanstandet, verächtlich und bekämpft, vergeht sich an Volk und Vaterland, die des Aufbaues bedürfen. Entsprechend den Grundfäden des Zentrums verweist der Reichsausschuß darauf, daß die Zentrumspartei der Nationalversammlung getreu ihrer bisherigen Haltung unter keinen Umständen eine Nebenregierung von unbersener Seite duldet oder zweierlei Maß in der Anwendung der Gerechtigkeit darf gegenüber dem Hochverrat nicht abgegangen werden, ob er von links oder rechts kommt.

In der Rheinlandfrage rückt der Reichsausschuß von der Rheinischen Volksvereinigung ab und gibt sich, wie es in einer Entschließung heißt, „der aufrichtigsten Erwartung hin, daß die der Rheinischen Volksvereinigung angehörenden bisherigen Mitglieder der Zentrumspartei sich entschließen, fürderhin ihre Interessen politisch wieder innerhalb der Zentrumsorganisationen wahrzunehmen und nicht neue Organisationen zu schaffen.“

Nach dieser Tagung dürfte die Einmütigkeit in der Zentrumspartei nach außen hin vorerst wohl wieder zusammengefallen sein. Unter der Oberfläche aber wird es weiter gären und zu irgend einer Katastrophe hinführen, die sich eines Tages entladen muß, da ein überreichlicher Explosionsstoff vorhanden ist. Gibt es doch hier Kreise, die die Koalitionspolitik der Partei nicht billigen. Diese Kreise tragen sich sogar schon mit dem Gedanken, eine neue Partei zu gründen: eine sozialistische Volkspartei oder eine christliche Volkspartei. In diesen Kreisen, die die „Koalitionsfunde“ nicht verwerfen können, geht man von der Auffassung aus, daß das Zentrum die „Grundzüge der Partei veraltet“ habe. Die unzufriedenen Kreise im Zentrum sind über das ganze Reich hin verstreut, in Westfalen, in Bayern, in der Pfalz, in Hessen, am bedenklichsten kriecht es in Köln. Inwiefern die Eigenbrötler sich mit den Entschlüssen der Berliner Tagung zufrieden geben werden, bleibt abzuwarten. Ruhe werden diese Elemente sicherlich nicht geben, da es ihnen weniger auf die Koalition ankommt, als auf gewisse separatistische Ehrgeizigkeiten.

Befriedung der Parlamentsgebäude.

Der Nationalversammlung ging ein Gesetzentwurf über die Befriedung des Reichstagsgebäudes und der Landtagsgebäude zu, der in zweiter Lesung erledigt wurde. (Siehe „Volkstreu“ Nr. 92, Sitzungsbericht der Nationalversammlung vom 20. d. M.)

§ 1. Innerhalb des befristeten Wankreises des Reichstagsgebäudes dürfen Versammlungen unter freiem Himmel und Umgänge nicht stattfinden. Entsprechendes gilt für die Landtagsgebäude. Ausnahmen können für das Reichstagsgebäude von den Landesregierungen, für die Landtagsgebäude von den Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages.

§ 2. Den befristeten Wankreis bestimmen für das Reichstagsgebäude die Reichsregierung, für die Landtagsgebäude die Landesregierungen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages.

§ 3. Wer an Versammlungen oder Umgängen teilnimmt, trifft die Strafe des Auftrahs. Wer zu Veranstaltungen oder Umgängen auffordert, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 4. Wer vorsätzlich Anordnungen, die der Präsident des Reichstages oder des Landtages über das Betreten der Gebäude oder das Verhalten in den Gebäuden angeordnet hat, übertritt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. (Das Gesetz veranlaßt seine Geburt den Ereignissen des 18. Januar. Das Gesetz ausländischer Staaten enthält ähnliche Bestimmungen, um die Parlamente besonders zu schützen. Nach englischem Recht ist eine Versammlung von mehr als 50 Personen innerhalb einer englischen Meile vor den Türen des Parlamentsgebäudes verboten und den Teilnehmern an einer solchen Versammlung Strafe angedroht. Das französische Recht bestraft jeden, der einen Aufruf zum Zwecke der Erörterung der Zusammenstellung oder Ueberbringung einer Petition, einer Erklärung oder eines Aufrufes an eine der beiden Kammern veranlaßt.)

auf seinen Stuhl zurück. Gestig wachte ihm das Herz. . . War er sich in diesem Augenblicke bewußt, daß in Zukunft das Verhältnis zwischen ihm und seinem Sohne notwendigerweise sich etwas seltsam gestalten mußte? Oder gestand er sich, daß wahrscheinlich Arkadi achtungsvoller ihm gegenüber aufgetreten wäre, wenn er überhaupt jede Anspielung vermieden hätte? Oder tabelte er sich selbst wegen seiner Schwäche? — das ist schwer zu entscheiden: alle diese Gefühle wogten mehr oder weniger klar in seiner Brust durcheinander; aber die Räte war von seinem Gesicht noch nicht verdrängt und sein Herz hatte noch nicht aufgehört, heftig zu pochen, als sich eilige Schritte vernahmen ließen und Arkadi wieder auf die Terrasse hinaustrat.

„Wir haben Bekanntschaft gemacht, Vater!“ rief er mit dem Ausdruck eines gewissen freundschaftlichen und gütigen Entzückens. „Jedoch Nikolaus ist heute in der Tat nicht ganz wohl und wird erst später kommen. Aber warum hast du mir denn nicht gesagt, daß ich ein kleines Fräulein habe? Dann würde ich es gestern abend schon geküßt haben, wie ich es soeben getan habe.“

Nikolaus Petrovitch wollte etwas erwidern, er wollte aufstehen und die Arme ausbreiten: Arkadi warf sich ihm um den Hals.

„Was ist das? Ihr umarmt euch schon wieder?“ ließ sich hinter ihnen Pauls Stimme vernehmen.

Vater und Sohn waren über sein Erscheinen gleich sehr erfreut: gerade den rührendsten Situationen wünscht man oft möglichst schnell ein Ende zu machen.

„Wundert dich das?“ versetzte Nikolaus Petrovitch fröhlich. „Arkadija war so lange abwesend. . . Seit gestern habe ich noch gar nicht Zeit gehabt, ihn mir ordentlich zu betrachten.“

„Es wundert mich auch keineswegs,“ versetzte Paul Petrovitch; „ich bin sogar selbst nicht abgeneigt, ein Gleiches zu tun.“

Arkadi näherte sich seinem Onkel und von neuem küßte er dessen parfümierten Schnurrbart sein Wangen streifen. Paul Petrovitch setzte sich an den Tisch. Er trug einen eleganten Morgenanzug nach englischem Geschmack; sein Haupt schmückte ein kleiner Zes. Dieser Zes und eine

nachlässig geknüppte Kravatte deuteten auf die Freiheit hin, welche das Landleben gestattet; aber der gestärkte Körper des allerdings nicht weichen, sondern, wie es die Mode für die Morgentoilette vorschreibt, buntgestreiften Hemdes umschloß sein wohlstrukturiertes Kinn mit der gewöhnlichen Unbegreiflichkeit.

„Wo ist dein neuer Freund?“ fragte er Arkadi. „Er ist schon ausgegangen. Er steht in der Regel sehr früh auf und macht irgend eine Erkursion. Aber ich bemerke ein für allemal, daß man sich um ihn nicht zu kümmern braucht; er liebt die Formlichkeiten nicht.“

„Ja, das sieht man.“ Paul Petrovitch begann langsam Butter auf sein Brot zu streichen.

„Wird er längere Zeit bei uns bleiben?“ „Das kommt darauf an. Von hier wird er zu seinem Vater gehen.“

„Und wo wohnt sein Vater?“ „In unserem Gouvernement, achtzig Werst von hier. Er hat dort ein kleines Gut. Er ist früher Regimentsarzt gewesen.“

„Ja, ta, ta. . . ich habe mich fortwährend gefragt: wo hast du denn diesen Namen gehört? — Basaroff, Basaroff? . . . Nikolaus, erinnerst du dich nicht, daß in der Division unseres Vaters ein gewisser Doktor Basaroff diente?“

„Es schmeißt mir so etwas vor.“ „Ja, die Sache hat ihre Nichtigkeit. Also dieser Doktor ist dein Vater. Gut!“ Paul Petrovitch drehte sich den Schnurrbart. „Und was ist denn eigentlich Herr Basaroff Sohn?“ fragte er langsam. „Was Basaroff ist?“ Arkadi lächelte. „Oder soll ich dir sagen, lieber Onkel, was er eigentlich ist?“ „Tu mir den Gefallen, mein teurer Neffe.“ „Er ist Nichts.“

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 22. April.

Baden und die Reichsschulkonferenz.

33. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.10 Uhr.

Berretung Badens auf der Reichsschulkonferenz.

Abg. Dr. Kraus (Soz.)

Begründet seine Interpellation, wie die Regierung die Vertretung Badens bei der kommenden Reichsschulkonferenz zu gestalten denkt und ob dabei die Fraktionen des Landtags vertreten sind? Ist die Regierung bereit, diejenigen Grundzüge (höhere Allgemeinbildung aller Lehrer, Einheitschule, Simultanschule usw.), über die auf der Landeschulkonferenz eine weitgehende Einigung erzielt worden ist, auf der Reichsschulkonferenz nachdrücklich zu vertreten? Welche Stellung denkt die Regierung bezüglich der Kompetenzabgrenzung zwischen Reichs- und Landesschulgesetzgebung einzunehmen? Ist die Regierung bereit, sofort in eine Umgestaltung des Unterrichts

(besonders des Geschichts und Heimatkunde) und der Lehrpläne nach den Erfordernissen der neuen Zeit einzutreten? Redner weist darauf hin, daß, nachdem wir ein armes Volk geworden sind, wir gerade Schulfragen eine große Bedeutung zumessen müssen. Wir reichen einen Antrag ein zur Bildung eines Schulausschusses, der alle Schulfragen vorzubereiten hat und dem die drei großen Fraktionen durch Minutenschrift zustimmen. Die Vertretung des Schulwesens gibt dem Reich das Recht, auch auf dem Gebiete des Schulwesens eine Grundgesetzgebung zu legen, der die Reichsverfassung bereits bestimmte Einseitigkeit vorschreibt. Die kommende Reichsschulkonferenz ist gedacht als eine Konferenz von Fachmännern; sie hat nicht nur eine rein gutachtliche Bedeutung, sondern liefert auch vorarbeitendes Material für die Reichsgesetzgebung und für den Reichstag. Wir wollen bei dieser Konferenz nicht vor vollendeten Tatsachen gestellt werden und wollen deshalb die Stellungnahme der badischen Regierung zu ihr kennen. Wie ist die Zusammenfassung der Konferenz gedacht und wie sind dabei die Mandate verteilt? Bei der badischen Landeschulkonferenz machten wir die Erfahrung, daß auch hier nicht nur sachmännische Gesichtspunkte maßgebend sind, sondern daß politische und Weltanschauungsgesichtspunkte leitend sind. Wenn nicht nur Sachorganisationen, sondern auch konfessionelle Lehrereorganisationen auf der Reichsschulkonferenz vertreten sind, so fordere ich namens meiner Fraktion, daß auch die

sozialistische Lehrerschaft eine Vertretung erhält. In diesem Falle würden wir auf eine Vertretung der Fraktion verzichten. Der Gedanke der Einheitschule muß, soweit er auf der Konferenz eine Einigung erzielt, auf der Konferenz vertreten werden. Auf unsere

Simultanschule können wir nach unseren Erfahrungen stolz sein. Weil in Norddeutschland dieses verbindende Institut fehlte, ist mit ein Grund, daß dort die Gegenstände bestiger sind als in Baden. Durch die vereinheitlichende Reichsverfassung ist die Simultanschule in Gefahr. Wir könnten hierdurch in unsern badischen Fortschritten zurückgeschraubt werden. Schuld daran ist das Schullompromiß in der Reichsverfassung. (Geheißt bei den Demokraten.) Wären die Demokraten damals nicht aus der Reichsregierung ausgetreten, dann wären diese Dinge vielleicht nicht gekommen, so daß sie mit schuldig sind. Wir stehen auf dem Standpunkt: der weltlichen und konfessionellen Schule, geben uns jedoch mit der Simultanschule zufrieden. Da wir nicht die Befreiung des Religionsunterrichts wollen, sondern nur seine Trennung vom Unterricht wollen, rühten wir nicht an der Simultanschule. Wenn jedoch in Preußen an der Simultanschule überhaupt gerüttelt wird, ist für uns die Situation eine andere. Wir können nicht dulden, daß die preussischen Verhältnisse auf das Reich übertragen werden. Wir wollen.

keine Verpfehlung auf dem Gebiete des Schulwesens. Wir erwarten deshalb gemäß einem vorzulegenden Antrag, daß uns die Simultanschule weiter gesichert bleibt. In bezug auf diesen Antrag lautet: Reichsregierung und Nationalversammlung sind davon zu verständigen, daß der Badische Landtag von der kommenden Reichsschulkonferenz eine Regelung erwartet, welche Baden die Aufrechterhaltung des bestehenden gesetzlichen Zustandes hinsichtlich der Simultanschule sichert. Die Vertreter der badischen Regierung im Reichsausschuß und auf der Reichsschulkonferenz werden vom Landtag

erlaubt, 3. . . der Bada, daß der tzoische E entspricht der Reich Empfang kommen, als meine Naverfäße Landesfch gesehen. auf das sofort die größte G. Unsere E genügt. System in Gleichgew viele der Gebiete d Haltung u Kultur. und ich h trefen u Efebu Es scheint man die E zu groß E Teil un sind, zu n Benißgew Whyanini Geßidist) Beßidist) ausgezeich reren ein in dem de daß wir Interiech sein beha onfert ist. so werde abgehen. Hindlich

(Fortsetzung folgt.)

beauftragt, in demselben Sinne zu wirken. Wir müssen vom Reichstag verlangen, daß eine Regelung der Fragen nicht über unsere Köpfe erfolgt. Bei der Frage der Kompetenzabgrenzung darf nicht mechanisch vorgegangen werden; denn hier handelt es sich nicht um Wirtschaftsfragen, sondern um Kulturfragen. Zu den allgemein durchs Reich zu regelnden Fragen darf nur gehören: Einigkeit der Schulpflicht, einheitliche Regelung der Schulverwaltung, einheitliche Richtlinien für die Lehrerbildung und der gemeinsame Geist, in dem die Schule zu leiten ist. Alles andere muß jedoch den Ländern überlassen bleiben. Nachdem wir uns bisher wenig mit Schulfragen beschäftigt haben, muß gesagt werden, daß auf dem Gebiete des Geistes vom Standpunkte des neuen Staates noch alles zu tun übrig bleibt. Kaum haben wir unsere Interpellation über die Belohnung der Studenten über die Republik eingereicht, erklärt im Mannheimer Generalanzeiger ein Student, daß die Universitäten eine Hochburg der Reaktion sind. Hier hat einer für viele gesprochen. Wir sind aus Hoch- und Mittelschulen Klagen vorgebracht worden, daß

im Geschichtsunterricht ein Geist gepredigt wird, der nicht unserer Verfassung entspricht, der falsche Darstellungen über den Krieg und die Revolution gibt. Ein Lehrer der Mittelschule benutzt den Friedensvertrag, um die Rebellen zu predigen. Es dürfen nicht mehr Lehrbücher als Grundlage dienen, die nicht dem Geiste unserer Zeit entsprechen. Man findet viel zu viel Kriegsgeschichte und dynastische Herrschaftsgeschichte und viel zu wenig soziale Kulturgeschichte. Man möchte da glauben, es seien immer nur Herrscher dagegen und Menschen mit dem Zweck, sich für diese zu verhalten. Man findet da einen Geist des Größenwahns, der uns die Statistrophe brachte. Wenn wir alles von der Jugend erwarten, dann müssen wir den Geist der Schule ändern. Wir verlangen deshalb andere Geschichtsbücher und andere Lehrbücher und fragen, was das Ministerium getan hat, um diese unsere Forderung durchzusetzen. Wir müssen die Regierungen und die Gegenwart aus unsern demokratischen republikanischen Prinzipien heraus sehen. Da unsere Hochschulen unsere Bildungsinstitutionen sind, die das Volk zucht, muß es auch einen Einfluß auf sie ausüben. Die Lehrfreiheit hat ihre Grenze an dem Auftrag, den das Volk den Lehrern gibt; die Lehrer sind für das Volk da und nicht umgekehrt. Es ist nicht Sache eines Lehrers, seine Tätigkeit zu mißbrauchen zur Gerabehung der Wäner, die heute den Staat leiten. Wir dürfen an diesen Fragen nicht achlos vorübergehen. Denn in der Schule legen wir den Grund für den Geist der kommenden Geschlechter. Auf diesem Gebiete gibt es keine Neutralität. Entweder stellt man sich auf den Boden des neuen Staates oder ist sein Gegner. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterrichtsminister Dümmel:

Die badische Unterrichtsverwaltung bedarf keines Anstoßes auf dem Gebiete unterrichtlicher Reformen. Wir bringen das Prinzip der vollen Öffentlichkeit zur Durchführung. Ich war bisher der Meinung, daß manche Fortschritte erzielt wurden, weil die Erörterungen auf dem Boden der Verbändlichkeit vor sich gingen. Durch extreme Stellungnahmen wird die Einheitsfront nicht gefördert. Der Reichsschulkonferenz sind keine Dinge vorweg genommen worden, sondern es wurden in den Besprechungen des Reichsschulrats nur die Vorschläge der Reichsschulkonferenz vorgebracht. Das Ergebnis des Reichsschulrats sind auch die neuen Reichsschulgesetze über die Grundschule, die jetzt die Deutsche Nationalversammlung beschloß. Eine Reform der Schulpflicht, die ebenfalls mitbehandelt wurde, ist notwendig; der Reichsschulratsausschuß ist jedoch über seine Kompetenz in einer Weise hinausgegangen, daß wir über seine Tätigkeit förmlich ersuchen. Mit der Einleitung der Reichsschulratsausschüsse ist etwas Gutes geschaffen worden, das wert ist zu bleiben. Das Reichsministerium des Innern hat von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht, über die Zusammenfassung der Reichsschulkonferenz zu bestimmen. Was hat als solches keine eigentliche Vertretung auf der Reichsschulkonferenz; Baden ist nur als Regierung durch Regierungsmitglieder vertreten. Es sollen 300 Vertreter der Reichsstaaten vertreten werden und zwar nur solche Organisationen, die sich über das ganze Reich erstrecken. Vertretungen der Einzelparlamente wurden abgelehnt. Der Reichstag ist durch 6 Mitglieder vertreten. Eine Vertretung der konfessionellen Organisationen wurde ebenfalls abgelehnt. Die Kirchen sind nur durch den Episkopat vertreten. Der Termin der Reichsschulkonferenz steht im Augenblick gar nicht fest. Sie wird bis nach den Reichstagswahlen verschoben, so daß sie wohl erst im Herbst stattfindet. Sie soll lediglich gutachtliche Aussagen von Sachmännern hervorbringen. Doch werden weitere 100 hervorragende Männer besonders geladen. Erhalten wir keine genügende Berücksichtigung in der Vertretung, so werden wir weitere Persönlichkeiten vorschlagen. Ich habe mich um eine möglichst starke Vertretung Badens bemüht. Ich wurde durch 8 Vertreter zu nennen und ich habe die drei Vertreter der Pädagogik an den Hochschulen genannt. Es ist bedauerlich, daß der süddeutsche Eintrag so schwach ist. Der sozialdemokratische Antrag auf Bildung eines Schulausschusses entspricht der Bedeutung der Fragen und ich begrüße ihn. Auf der Reichsschulkonferenz werden die Regierungen lediglich die Empfänger sein. Ich würde in Konflikt mit diesem Hause kommen, wenn ich die Stellungnahme der Landeskonferenz als meine Richtlinie bezeichnen würde; als parlamentarische Körperschaft kann nur der Landtag in Frage kommen. Bei der Landeskonferenz wurde deshalb auch von Beschlüssen abgesehen. Das Reich sollte seine Tätigkeit auf diesen Gebieten auf das allernotwendigste beschränken. Ich erachte deshalb die Mängel des Schulkompromisses. Es liegt in ihm die größte Gefahr für die Echtheit der badischen Simultanschule. Unsere Simultanschule ist so gut, daß sie allen Anforderungen genügt. Wir haben alle ein Interesse daran, daß das jetzige System in Baden erhalten bleibt. Ich habe keine Ursache, das Gleichgewicht zu stören, das durch die Schulparagrafen in der badischen Verfassung geschaffen wurde. Wenn auf einem Gebiete der Partikularismus begründet ist, dann auf dem Gebiete der Kulturfragen. Wenn man hier eine zentralistische Haltung durchführt, so verstoßt man die Quellen der deutschen Kultur. Hierfür muß man auch in Berlin Verständnis haben und ich habe die Meinung, daß man sich dort diesen Gesichtspunkten nicht verschließt. In der Volksschule haben wir das Refebuch, das von der Unterrichtsverwaltung herabgelassen ist. Es scheint auch uns eine Neubearbeitung notwendig. Doch sollte man die Refaufgabe noch aufbrauchen, da uns die Mängel nicht so groß scheinen. Die Kapitel über den Krieg sind in dem 2. Teil ungenutzbar. Die Beschlüsse der höheren Lehranstalten sind, zu meiner Überraschung, auch heute noch brauchbar. Das Badische Refebuch ist kaum zu überreifen; es ist frei von Hygienismus. Bei Neubearbeitungen wird, ebenso wie in den Geschichtsbüchern, Ungeheures ausgehakt. Das Marxensche Geschichtsbuch ist in jeder Hinsicht einwandfrei und stellt ein ausgezeichnetes Unterrichtsmitel dar. Schwierig ist es den Lehrern eine einheitliche Richtung über den Geist zu geben, in dem der Unterricht zu erteilen ist. Es ist nicht zu vermeiden, daß wir eine gewisse geistige Bewegungsfreiheit lassen. Der Unterricht wird hier eine Reihe von Jahren mit gewissen Mängeln behaftet bleiben, bis der neue Staat in den Herzen verankert ist. Wenn die Lehrer gegen den neuen Staat verstoßen, so werde ich es nicht an Maßnahmen fehlen lassen, dagegen vorzugehen. Bei den Hochschulen darf man nicht zu sehr empfindlich sein; bei der freien Forschung müssen wir das Prinzip

der Duldung wahren. Wir müssen hier besondere Duldung wahren lassen, um keine Märtyrer zu schaffen. Bis jetzt sind mir keine klar umrissene Klagen vorgebracht worden. Ich bin dankbar, wenn mir Einzelfälle so vorgebracht werden, daß ich vorgehen kann. Aus Gründen der historischen Wahrheit müssen wir auf die Vergewaltigung eines Volkes durch den Versaillesfrieden eingehen. Bei aller Wahrung der Meinungsfreiheit müssen wir Rücksicht auf die jetzige Staatsordnung verlangen. Die Lehrer haben ihre Pflicht gegenüber dem neuen Staat erfüllt. (Beifall.)

Nach Ausführungen des Abg. Dr. Schofer (Ztr.) teilt Präsident Kopf mit, daß

drei Anträge
 vorliegen: 1. ein Antrag Dr. Kraus (Soz.) zwecks Bildung eines Schulausschusses; 2. ein Antrag Marum (Soz.), im Reichsschulgesetz eine Regelung zu verlangen, die die Simultanschule auch durch Reichsschulgesetz in Baden aufrecht erhält; 3. ein Eulentantrag Dr. Schofer (Ztr.), der im Falle der Annahme des Antrages zwei von Dr. Kraus die Sicherungen des Simultanschulgesetzes von 1876 (gesetzliche Sicherung der Kirche in der Erteilung des Religionsunterrichts, Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer und entsprechende Vorbildung derselben, paritätische Einstellung des Lehrpersonals im Sinne des § 3 d. G.) auch im Reichsschulgesetz aufgenommen werden sollen.

Es folgen Ausführungen der Abg. Dr. Schofer (Ztr.), Jürg (Dem.) und Mayer-Karlsruhe (D.R.), worauf Präsident Kopf mitteilt, daß ein Antrag Dr. Glöckner (Dem.) einging, die Anträge Marum und Schofer dem zu bildenden Schulausschuß zu überweisen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Kraus (Soz.) erklärt in seinem Schlußwort, daß die heutige Debatte erreicht, was beabsichtigt war. Ich sehe nicht ein, warum die Volksvertretung nicht einmal den Minister über seine Stellungnahme und Handlungen hören soll. Außerdem ist es auf, wenn dem Minister gegenüber nordischen Einflüssen der Riden gefährt wird. Dies ist genug Anlaß, die Dinge zur Debatte zu stellen. Wir danken dem Unterrichtsminister für seine Darlegungen über den Reichsschulratsausschuß und über die Reichsschulkonferenz. Auch außerhalb der Hochschulen gibt es Lehrer in Baden, deren Vertretung auf der Reichsschulkonferenz ebenso wichtig ist, wie die der Pädagogen an den Hochschulen; gerade die pädagogischen Vertreter an den Hochschulen zeigten wenig Auffassungen, die der heutigen Zeit entsprechen. Es ist zweckmäßig, wenn sich die öffentliche Meinung vor vollzogenen Tatsachen mit den Dingen beschäftigt. Die Rede des Herrn Abg. Schofer zeigte uns, daß wir für gewisse Ergründungen heute noch kämpfen müssen. Für diese Aufklärung danken wir. Uns hat die Aufstellung der Schulkonferenz nicht gesehelt. Wenn der Geschichtsunterricht ein staatsbürgerliches Geschäft erzielen soll, so muß er eine Kulturgeschichte sein. Welcher Staat hat den Professoren und Historikern, die nicht im Sinne der Hohensollern gelehrt hatten, die Weiterentwicklung gelehrt? (Widerspruch des Abg. Mayer-Karlsruhe.) Wie ist es den Werken gegangen, die wider die offizielle Richtung gingen? Die ganze deutsche und auch die Weltgeschichte wurde unter

hohensollernischen Standpunkt
 gestellt. Wir haben nicht allzu viel Grund, auf den Chauvinismus der anderen Völker herabzusehen. Widen wir ein paar Jahre zurück, als im Haag die Völker einen Weltkrieg schlossen wollten und die Deutschen dieses Werk fabrizierten. Selbst konfessionelle Historiker wie Philipp Jörn müssen dies bestätigen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir bei uns anfangen müssen, die Gesinnungen zu revidieren. Mein Antrag dient zur Aufrechterhaltung des bestehenden Standes. Wenn nordische Grundzüge in unsere Schulgesetzgebung kommen, dann erheben wir Protest. Mehr wollen wir mit unserem Antrag nicht erreichen. Wenn uns aber der Kampf aufgegeben wird, dann werden auch wir unsere Prinzipien reiflos durchzusetzen suchen. Doch können wir uns ja auf dem Boden der Simultanschule finden. Wir wollen in Baden eine Verklüftung unseres Schulwesens vermeiden und deshalb reichen wir unseren Antrag ein. Man kann auch das demokratische Selbstverwaltungsrecht überspannen und ähnlich liegt es in der Hochschule. Es fällt mir nicht ein, einen Zwang für die Richtung zu fordern. Es ist jedoch ein Unterschied, ob an den Hochschulen in persönlich geistlicher Weise gegen die heutigen Verhältnisse losgezogen wird. (Zwischenruf rechts: Dies geschieht nicht.) Der vielgenannte Privatdozent Herr Arnold Ange in Heidelberg findet für das kommende Semester ein Kolleg an: Ausprüche großer Männer der Vergangenheit im Vergleich mit Männern von heute. Was da herauskommt, läßt sich denken. Ein ähnlich gelagerter Fall liegt in Freiburg vor. Der Heidelberger Professor Lenard, der dem Altentäter von Hirschberg gratulierte, sagte zu den sich verabschiedenden Studenten, sie müßten dafür sorgen, daß die Schweineerei in Deutschland bald aufhöre. Eine Literaturarbeit für Referendare war als Thema gestellt die Widerlegung einer Volksversammlungsrede über die „bekanntem Mehrverleihen von Karl Marx“. Solche Dinge sollen nicht vorkommen. Der betreffende Herr schrieb mir, daß man in Baden anscheinend nur Referendare werden kann, wenn man ein geschickter Widerleger sozialdemokratischer Theorien ist. Wir verlangen, daß alle mit Leitung von dem demokratischen Staat sprechen, der der Mehrheit unseres Volkes am Herzen liegt. (Beifall bei den Soz.)

Der Antrag Kraus auf Bildung eines Schulausschusses ist einstimmig angenommen. Der Antrag Glöckner auf Überweisung der Anträge Marum und Schofer an den zu bildenden Schulausschuß findet ebenfalls einstimmige Annahme.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.) weist darauf hin, daß die Presse bei den Rednern freit, die nicht vom Rednerpult aus sprechen und schlägt vor, die Frage vor der Nachmittags-sitzung in einer Vertrauensmännerdebatte zu regeln.

Um 1.10 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittag 4 Uhr.

Die Pressevertreter für den badischen Landtag übergeben, nachdem sie in den Zeitungen bereits mehrfach ohne Erfolg für ihre Wünsche plädiert hatten, in der Mittwochs-sitzung des Landtags dem Präsidenten eine Erklärung, in der sie darum boten, die Abend-sitzungen jeweils um 7 Uhr zu schließen, da nur in diesem Falle die auswärtigen Zeitungen rechtzeitig bedient werden können und weiter angeht die schlechten Akustik der Abgeordneten eruchten, vom Rednerpult aus zu sprechen, da sie in der Folge nur über diese Redner berichten würden. Der Präsident gab das Schreiben bekannt, das er dem Vertrauensmännerauschuß vorlegen wollte. Ein Teil der Redner, wie Abg. Dr. Kraus, berückichtigte aus sozialem Verständnis heraus sofort den Wunsch der Pressevertreter und sprach vom Rednerpult aus; ein anderer Teil der Abgeordneten war weniger leicht zu einer Änderung zu bewegen — die Presse unterließ es deshalb, über ihre Ausführungen zu berichten, weshalb von der Donnerstags-sitzung die Reden der Herren Schofer, Jürg und Mayer-Karlsruhe unterm Tisch fielen. Der Ausschuh der Vertrauensmänner hat unumweh, wie uns der Vertreter der Presseabteilung des Ministeriums des Innern mitteilt, weitgehende Berücksichtigung der Pressewünsche zugesagt und damit ein soziales Verständnis bewiesen, das wir im Interesse des für die Öffentlichkeit nötigen Zusammenarbeitens von Parlament und Presse dankbar begrüßen.

Nachmittags-sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.10 Uhr. Abg. Hoffmann (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über das bereits bekannt gegebene Ergebnis der Besichtigung der Eisenbahnwerkstätten. Die alten Maschinen er-schweren die Reparaturen. Die Hauptwerkstätten wurden früher streifenförmig behandelt; ihr baulicher Zustand läßt zu wünschen übrig. Ein Teil der Arbeitslosen wirkte nicht arbeitsfördernd. Die Zahl der ungelerten Arbeiter ist sehr groß. Der Wiedereinführung des alten Stichtlohnes steht die Arbeiterschaft ablehnend gegenüber. Es wird der Vorschlag gemacht, Mittel für Neubauten zur Verfügung zu stellen. Es fragt sich, ob nicht eine Zentralwerkstätte zu errichten wäre. In den Werkstätten spricht man von einer Ueberzentralisation; es wäre wünschenswert, wenn die Werkstätten mehr sich selbst überlassen würden; dazu wären vielleicht auch Veränderungen in der Generaldirektion nötig. Es ist darauf hinzuweisen, daß infolge des Krieges auch die Werkstätten des Auslandes, wie in Frankreich, zu wünschen übrig lassen. Die Arbeitsluft hat sich gehoben, so daß eine Hebung unserer Wirtschaft zu erwarten ist. Der Ausschuh beantragt, den Bericht als Material zu überweisen. — Der Ausschuhantrag wird angenommen.

Petitionen.

Ueber die Petition des Karlsruherbesizers R. Benz in Odenheim um Gehalt eines in Thann vernichteten Dampf-karussels berichtet Abg. Kurz (Soz.), der empfehlende Ueberweisung beantragt, was angenommen wird. Die Petition des J. Dreger in Karlsruhe wird zur Kenntnisnahme überwiesen. — Ueber die Petition des Vereins zur Förderung des Rad- und Freibades wird zur Tagesordnung übergegangen. — Die Petition des Angelfischereivereins Neulur in Mannheim um Freigabe der Angelfischerei in den öffentlichen Gewässern wird durch die Regierungsantwort als erledigt erklärt. — Ueber das Gesuch des A. Sulger in Konstanz wird zur Tagesordnung übergegangen. — Das Gesuch des Vereins „Badische Heimat“ um Wald- und Wildschuh wird durch die Regierungswahnschreiben als erledigt erklärt. — Das Gesuch des Arbeitersauschusses der Firma R. Wolff u. Sohn in Karlsruhe um Feuerungszulagen und Freifahrt auf den Staats- und elektrischen Bahnen wird der Regierung als Material überwiesen. — Ueber das Gesuch des A. Bölle in Uehlingen wird zur Tagesordnung übergegangen. — Ueber das Gesuch des ehemaligen Feldwebels A. Kaiser in Karlsruhe wird zur Tagesordnung übergegangen. — Das Gesuch des Verbandes der Hrenindustrie gegen das Betriebsstrafgesetz, über das Abg. Krichbach (Soz.) berichtet, wird als erledigt erklärt. — Das Gesuch des Dr. Hug in Seckheim bezüglich Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Gefallenen, wozu Dr. Hug hinsichtlich der Berufsausbildung verschiedene Vorschläge macht, wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Ueber das Gesuch des A. Schüt-ter II in Nehl wird zur Tagesordnung übergegangen. Präsident Kopf teilt mit, daß der Vertrauensmänneraus-schuß davon absehen will, nächste Woche eine Sitzung abzuhalten, da keine verhandlungsfähigen Gesandnisse vorliegen. Die nächste Sitzung findet deshalb vermutlich erst am Dienstag, 4. Mai, statt. — Schluß der Sitzung 6.10 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. April.

Vizepräsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungspolitik über die Errichtung von Vergnügungsbauwerken.

Abg. Dr. Mumm (D.R.) befürwortet bei der Bewilligung von Mitteln aus Reichsmitteln für Vergnügungsbauwerken den Erwerb von Kohnenbergsbau gleichzustellen.

Abg. Dierroth (Soz.) beantragt, auch die Kallbergarbeiter einzubeziehen, die Mittel aber nicht aus Reichsmitteln, sondern aus den Auslandsüberüberschüssen zu nehmen.

Reichsarbeitsminister Schölknecht weist auf die großen technischen Schwierigkeiten hin, die dem Antrage entgegenstehen. Der Ausschuhantrag mit dem Antrag Dierroth wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot wird dem Wohnungsausschuß überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes des Reichswahlgesetzes.

Reichsminister Dr. Koch: Ich begrüße es mit großer Genug-tung, daß der Gesetzentwurf einstimmig mit geringen Änder-ungen angenommen wurde, weil damit die Folge einer Ver-änderung des Wahlkampfes wegen Verfalls einer gefälligen Wahlgenometrie entfällt. Alle Fehler der Verhältnismäßig sind noch nicht beseitigt, aber die gebundene Liste bietet noch immer die meiste Freiheit. Daß wir jenen für gewöhlt erklären, der mehr als 5000 Stimmen auf sich vereinigt, wird die Wahl volks-tümlicher machen, als die unständlichen Berechnungen, ebenso, daß die Zahl der Abgeordneten steigt mit der steigenden Wahl-beteiligung. Bedauerlich ist es, daß wir überall noch nicht zu kleinen Wahlkreisen zurückkehren können. Eine Ueberprüfung der Bedeutung der Reichslisten für die überzähligen Stimmen ist nicht angebracht. Die erhöhte Gefahr für die Abstimmungsgebiete durch die früh einwirkende Reichstagswahl darf nicht verkannt werden. Die Wahlen in Ostpreußen und Oberösterreich zu vertagen, scheint nach immer das geringste Uebel zu sein. Können wir, daß das letzte Referendum zum Deutlichkeit in diesen Provinzen unver-ändert bestehen bleibt. Bedauerlich ist es, daß es verlagert ist, im Saargebiet und in Eupen und Malmedy wählen zu dürfen. Wir denken trotzdem der dortigen Brüder in Treue.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.): Der Ge- setzentwurf kann sich sehen lassen. Der Ausschuh hat gute Arbeit geleistet.

Abg. Probst (Dem.) stimmt dem zu. Der Gesetzentwurf wird den schwierigen Verhältnissen gerecht.

Abg. Eichhorn (N.S.) bedauert, daß durch die Verhältniswahl die nahen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wäh- lern beeinträchtigt werden.

Abg. Dietrich (D.R.): Den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs werden wir im wesentlichen zustimmen können. Es war die Schuld der Regierung, daß sie das Wahlgesetz nicht früher eingebracht hat.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Kempkes (D.R.), Schmidt-Sachsen (Soz.), Waldstein (Dem.), Leicht (Zentr.) zu § 2 beantragt die sozialdemokratische Fraktion die Streichung des Absatzes, der den Soldaten das Wahlrecht nimmt.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) begründet die Streichung.

Abg. Gaußmann (Dem.) spricht dagegen.

Abg. Gräfe (D.R.): Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß man Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten sollen, nicht von den politischen Rechten ausschließen darf. Abg. Graf Hofadonssch (D.R.): Ein politisierendes, gemor-benes Heer ist noch gefährlicher als ein politisierendes ausge-bildetes Heer. Das heutige deutsche Heer darf nur ein gehor-sames Organ der Regierung sein. Reichswehrminister Dr. Gehler: Wenn Sie einem Heer das Recht der politischen Meinungsfreiheit neben wollen, dann dürfen Sie es nicht beurteilen nach den jeweils herrschenden parlamentarischen Mehrheiten. Die Reichswehr braucht Ruhe und darum bitte ich, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Durch Verordnung will ich in den nächsten Tagen Beschlüssen ein-führen. Gestern war eine Abordnung der Marinebrigade bei mir, die unter Drohungen, von mir verlangte, daß der Hof-

Befehl gegen Kapp und Ehrhardt zurückgenommen werde und Ehrhardt an der Spitze seiner Truppen bleibe. Ich habe es natürlich abgelehnt. Aber Sie sehen, daß eine politisierte Gruppe eine Machtpolitik zu betreiben versucht.

Abg. Eichhorn (M. S.): beantragt, den Untersuchungsgefängnissen das Wahlrecht zu gewähren.

Abg. Mahenstein (Soz.): Wir wollen keine Politisierung des Heeres, aber wir wollen es nicht zum blinden Werkzeug einer einzelnen Klasse machen.

Die Anträge werden abgelehnt. — Weitere Paragraphen werden ohne erhebliche Änderungen angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso die Anlage über die Wahlkreis-einteilung und die Wahlkreisverbände.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahl des Reichspräsidenten.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Morgen 8 Uhr dritte Lesung des Wahlgesetzes. Schluß 7 Uhr.

Badische Politik.

Ausschuss für Gesetze und Beschwerden.

In zwei Sitzungen erledigte dieser Ausschuss des Landtages eine ganze Anzahl von Eingängen und Gesuchen. Von besonderer Bedeutung war ein Gesuch der oberbadischen Grenzgemeinden die den Eichberg und Bühl um Genehmigung der freihändigen Jagdverpachtung an Schweizer Jagdliebhaber. Die Gemeinden sind mit Licht- und Kraftstrom an das Kraftwerk Schaffhausen angeschlossen. Infolge des schlechten Volu- standes sind diese drei Gemeinden dadurch in große Schulden geraten. Wenn es nun den Gemeinden andererseits möglich wäre, bei der Jagdverpachtung für 1 A Jagdpacht 1 Fr. 25 Ctm. zu erhalten, könnten die drei Jagdgebiete einigermaßen Ersatz für ihre großen Ausgaben erhalten.

Die Kommission ist der Ansicht, daß in diesem Falle von der Regel, die Jagd nur durch öffentliche Versteigerung zu ver- zeihen, in Erwägung der besonderen Notlage der Gemeinden An- stand genommen werden könne; sie beschließt, das Gesuch der Regierung empfehlend zu überweisen.

Eisenbahner A. Schmidt erachtet um Wiedereinstellung bei der Staatsbahn. Da er wegen Unregelmäßigkeiten entlassen ist, lehnt die Regierung in ihrer Antwort das Gesuch ab. Der Aus- schuss steht gleichfalls auf dem Standpunkt, daß im Interesse der öffentlichen Eisenbahnbeamten und Arbeiter selbst dem Gesuch nicht stattgegeben werden kann; er beschließt Uebergang zur Tages- ordnung. — Ein Gesuch aus Hausach um Ueberlassung eines Sportplatzes mußte als zur Behandlung nicht geeignet abgelehnt werden, weil es nicht einmal eine Unterschrift trug. — Ein Ge- such der Deutschen Nationalen Volkspartei befaßt sich mit der Beschäftigung von Kriegsverletzten im Staats- und Ge- meindebereich. Es ist da gefordert, daß für die Kriegsbe- schädigten unter allen Umständen Stellen frei gemacht werden müßten, daß weiter für arbeitslose Kriegsbeschädigte eine Unter- stützung gezahlt werden solle, die sie den Erwerbenden gleich- stellt, daß ferner erwerbslosen Beschädigten eine Entschädigungs- summe von 500 M zu geben ist und daß kein Unterschied ge- macht werde zwischen Leicht- und Schwerbeschädigten. Die Re- gierung weist in ihrer Antwort darauf hin, daß seit Beginn dieser Petition schon eine ganze Anzahl Verbesserungen für die Kriegsbeschädigten eingetreten sind und daß es auch Schwerbe- schädigten möglich ist, durch Erlernen eines anderen Berufes im Staatsdienst ihre Lebenslage zu erleichtern. Eine Gleich- stellung der Leicht- mit den Schwererletzten ist nicht möglich. Ebenso ist es auch die Meinung sämtlicher Ausschussmitglieder, daß nicht ohne weiteres alle jugendlichen Arbeiter und Arbei- terinnen bezw. Angehörigen und Beamten zu Gunsten der Kriegs- beschädigten entlassen werden können. Es wird nach wie vor noch notwendig sein, daß die wirtschaftliche Lage der Eltern berück- sichtigt werden muß. Der Ausschuss beschloß, das Gesuch durch die Regierungsmassnahmen für erledigt zu erklären.

Ein weiteres Gesuch befaßt sich mit den Bahnhofs- buchhandlungen. Zurzeit ist der Zeitungs- und Bücher- verkauf nach an die Buchhandlung Schmitt in Heidelberg und an die Firma Bettenhauer in Dresden verpackt. Diese Firmen gahlen 12 % der Jahreserträge als Pacht, mindestens aber 90 000 M jährlich. 1918 betrug die Staatseinnahme 129 000 M, der Verdienst der Firma jedoch 949 000 M. Der Ausschuss emp- fiehlt der Regierung, den Zeitungs- und Bücherverkauf in einer Anzahl von Lokalen zu verlegen, wenn der Staat es nicht vorzieht, die Bahnhofsbuchhandlungen in eigene Regie zu nehmen.

Gemeindepolitik.

Anielingen, 21. April. Die Bürgermeistereiwahl verlief ergebnislos. Es erhielten Stimmen Genosse Kiefer 23, der Kandidat des Bauernbundes, Bürgermeister Bauer 18, der demokratische Kandidat, Ratsschreiber Ermel 13, außerdem wurden 8 weiße Stimmzettel abgegeben. Der 2. Wahlgang findet nun am Dienstag, 27. d. Mts. statt.

Aus der Partei.

Anielingen. Am letzten Sonntag fand die Generalversamm- lung des Parteibereichs statt, die etwas besser hätte beachtet sein dürfen. Bei der Wahl der Vereinsleitung wurde der bisherige 1. Vorstand Gen. W. König wieder und für den zurückgetretenen Gen. M. König, der schon seit der Gründung des Vereins im Vorstand tätig war, Gen. A. Siegel gewählt. Es wird den Genossen dringend ers Herz gelegt, bei den bevorstehenden Reichs- tagswahlen sich voll und ganz in den Dienst der Partei zu stellen und die große Wahlarbeit nicht nur einigen wenigen Genossen zu überlassen.

Aus dem Lande.

Forzheim, 22. April. Im Walde in der Nähe von Suchen- feid wurde eine männliche Leiche mit einer Schußwunde an der rechten Kopfseite aufgefunden. Es handelt sich um einen Selbst- mord. Die Persönlichkeit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden; er ist etwa 18 bis 20 Jahre alt.

Forzheim, 22. April. In der Nähe des Bahnhofs wurde ein Fuhrwerk aus Oeselsbronn angehalten, auf dem 4 Säcke mit 422 Pfund Weismehl, 276 Pf. Schweine- und Kalbfleisch und ge- schlachtete Hühner beschlagnahmt wurden.

Ausgleichsstelle für Auslandsforderungen. Die für Baden geschaffene Ausgleichsstelle für Auslandsforderungen hat fest- gestellt, daß in Baden insgesamt 65 000 Forderungen mit einem Gesamtbetrag von 50 Millionen Mark offenstehen. Von dieser Summe entfallen allein 20 Millionen auf Forz- heim.

Jugend und Sport.

Bulach. Die Freie Turnerschaft veranstaltet am kommen- den Sonntag auf dem Turnplatz bei Scheibenhart ein öffent- liches Schauturnen. Nichts wird untersucht bleiben, um den Aufschwung den Wert der Leibesübungen vor Augen zu führen. Da der Verein zurzeit über eine statische Turnerschaft verfügt, so ist der Besuch für jeden lohnend und sollte daher die Einwoh- nerschaft von Bulach, welche doch in der Mehrzahl aus Arbeitern besteht, nicht verachten, sich zum Betrieb der freien Turner-

zu überzeugen. Ganz besonders möchten wir an die Bulacher Jugend die Worte richten, sich an die Leibesübung zur Stär- kung ihres Körpers mehr zu halten, als stets in den dampfen- den Regalbahnen und jeden sonntäglichen Tanz sich zu unterhalten. Für Sonntag muß die Parade lauten: Auf zum Turnplatz der Freien Turnerschaft Bulach!

Karten im Vorverkauf bei Kassier R. Böhner, Friedrich- straße 10, Turnwart Diebold, Wiesenstraße 15 III bei Martin zur „Traube“, bei Fr. Jöller zur „Krone“.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 22. April.

Kommerzlied.

Nach Mag von Schenklendorf.
„Wenn alle untreu werden,
So bleiben wir doch treu“,
Dem Fortschritt auf der Erden
Verpflichten wir uns neu:
Ideen unsterblicher Jugend,
Ihr Bilder besserer Zeit,
Der Armen Männerjugend
Steht euch allein zur Seit“.

„Es haben wohl gerungen
Die Helden dieser Zeit,
Und nun der Sieg gelungen,
Nicht Satan neue List“.
Doch wie sich auch gestalten
Mag Deutschlands Zukunftsglück,
Du sollst uns nie verfallen,
O deutsche Republik“.

Und ob die Generale
Und alle Offiziere
Dir springen an die Kehle,
Wir stehen fest bei dir.
Ein Kampf, der uns führet,
Bleib treu, wo andre feig,
Drum ihm der Sieg gebühret,
Das ist der General Zetwill

Ferdinand Rablinger.

Zum Abschied Hermann Eichhorns.

In wenigen Tagen wird Gen. Hermann Eichhorn, 1. Vorsitzender des Gläuberverbandes und Bekannter der Gläub- erzeitung, Karlsruhe verlassen, um nach seiner Heimatstadt Leipzig überzuziehen. In der Generalversammlung genannten Ver- bandes vom 5.-6. Dezember 1919 wurde beschlossen, den Sitz des Verbandes, der bis jetzt 20 Jahre in Karlsruhe war, nach Leipzig zu verlegen, was die Uebernahme des Vorstandes im Ge- setze hat.

Es war am 4. Okt. 1883 als ein junger sächsischer Wander- geselle der Junge der „Lust“, „Macht“ und „Dankbarkeit“, wie sich die Gläubler in der Kundenprache nennen, froh und wohlgenut mit Durst durch die damals noch bestehende berühmte Pap- pelfabrik tippelte — Hermann Eichhorn. Er suchte und fand Arbeit in der badischen Hauptstadt, die ihm zur zweiten Heimat werden sollte. Mit dem Feuerifer des fünfundsünfzig- jährigen widmete er sich der Partei- und Gemeindefortschrittsbewegung, der er sich schon in früherer Jugend angeschlossen hatte. Daneben war er auch tüchtig im Handwerk und blieb hier 17 Jahre im gleichen Geschäft, wo er erst als Geselle und später als Geschäfts- führer tätig war. Im Jahre 1898 zog unsere Partei erstmals ins Rathaus ein und den ersten 12 Bürgerausschussmitgliedern, der jogen. „Schwefelbergergarde“, war auch unser Freund Ei- chhorn, der von jenen 12 als einziger heute noch dem Bürgeraus- schuss angehört, da die andern zum Teil gestorben, zum Teil aus- geschieden sind.

Bürgerausschussjahre gehörte er dem Bürgerausschuss an, in dem er bei der letzten Wahl zum stellv. Obmann aufstieg, und 15 Jahre der Baukommission, der er seine reiche Erfahrung in bautechnischen Fragen widmete. Im Jahre 1900 übertrug ihm das Vertrauen seiner Kollegen das Amt des Verbandsvor- sitzenden, das er nun volle 20 Jahre inne hat. Mit der hiesigen Parteibewegung ist sein Name ebenfalls innig verknüpft. Im Parteibereich war er mehrere Jahre 2. Vorsitzender und lan- dibierte auch zweimal im Bezirk Mittelstadt zum badischen Land- tag. Seit Bestehen des „Volkstempels“ in Karlsruhe (1899) war er dessen einflussreicher Geschäftsführer.

Es sind mitnichten verschwendungliche Taten, die durch den Wegzug unseres Freundes verfallen sind. 37 Jahre lang hat er mit uns in- treuer Partei- und Gemeindefortschrittsarbeit zusammengestanden und alle die mit Eichhorn in ersten Stunden der Arbeit und frühen Stunden der Gelligkeit zusammenkamen, lernten ebenso seine lautereren Charaktereigenschaften wie seine lebensfrohe Eigenart kennen und achten. Möge es ihm und seiner lieben Gattin in der sächsischen Heimat gut ergehen. Unsere besten Wünsche begleiten sie in die ferne Zukunft.

Hauptstadt. Die vorgestrige Parteiversammlung war verhält- nismäßig gut besucht. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten sprach Johann Gen. Stadtrat und Kantons- abgeordneter G. Gied anstelle des verhinderten Gen. Drings über „Der Kapp-Versch und seine Folgen“. In instruktiven Ausführungen verstand es Redner, den aufmerk- samen Zuhörern ein Bild über den bisherigen Verlauf der Re- volutionsepoche auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu zeichnen, um sodann die Schäden des verbrecherischen Rutschs der Kapp-Gesellen, sowie die Folgen desselben zu veranschaulichen. Schon wieder ist die Reaktion am Werk, ihr Verbrechen zu wie- derholen, sie spekuliert dabei auf die politische Rückständigkeit eines großen Teiles des deutschen Volkes. Deshalb gilt es, so- schloß der Referent seine sehr beifällig aufgenommenen Aus- führungen, bei dem kommenden Wahlkampf seinen Mann zu stellen, mitzuarbeiten, um den Erfolg für uns zu sichern. Nach- dem der Vorsitzende noch das Programm der Parteifeier festlegte, mit dem die Anwesenden einverstanden waren, konnte er die gut verlaufene Versammlung schließen.

6. Öffentliche Versammlung der Versicherungsangestellten. Die hiesige Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten hatte auf den gestrigen Mittwochabend in den großen Saal des „Friedrichshof“ eine öffentliche Versammlung einberufen, die sehr gut besucht war. Der Verbandsvorsitzende Siebel, Ver- lin, Mitglied der Nationalversammlung, sprach über: „Der Zentralverband und die Reichstagsbewegung“. Gleich bei Beginn seiner Ausführungen berückten einige Mit- glieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes durch ihre fortwährenden unmaßlichen Zwischenrufe, den Referenten zu hören. Der deutschnationale Geschäftsführer Dreßbach tat sich dabei besonders hervor und hat es nur dem entschlossenen Dazwischentreten der Versammlungsleitung zugesprochen, daß er nicht an die frische Luft gesetzt wurde; was er tatsächlich ver- dient hätte. Der Referent führte aus: Durch den schlechten Ausfall des letzten Tarifvertrages im Versicherungsgewerbe ist berechtigter Mißmut entstanden in den Kreisen der Betroffenen und nun wird dieser Mißmut vielfach dem Zentralverband der Angestellten in die Schuhe geschoben, aber mit Unrecht. Im Frühjahr 1919 war es verhältnismäßig leicht, den Tarif günstig zu gestalten und durchzuführen, denn bei den damaligen Ver- handlungen fanden die Arbeitgeber noch unter dem Eindruck der ersten Revolutionstage. Dazu kam noch das spontane An- wachsen der Angestelltenorganisation. Doch vergeblich sich mit

der Zeit die Verhältnisse im Versicherungsgewerbe mehr und mehr zu Ungunsten der Angestelltenchaft und gar bald hatten scharfmacherische Elemente die Führung der Arbeitgeberschaft an sich gerissen. Der Redner gab dann eine ausführliche Schil- derung des Tarifstreits im Versicherungsgewerbe. Besonders übte er dabei Kritik an der Tätigkeit des inzwischen aus dem Zentralverband ausgeschiedenen W. Bollrecht, der seinerzeit anlässlich der Verschmelzung der Organisation der Versicherungs- angestellten mit dem Zentralverband der Angestellten zum Reichsgruppenleiter gewählt wurde und nach seinem erfolgten Austritt eine neue Organisation gründen half. Mit diesem Gebild setzte sich der Referent ebenfalls eingehend auseinander. Seine Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Einer der Agitatoren des neuen Verbandes, ein Herr Dr. Bäumer sprach für seine Organisation, ohne viel Interesse unter den Anwesenden erwecken zu können. Ein hiesiger Ver- sicherungsbeamter sprach sich für das Verbleiben im Zentralverband und gegen die Verschmelzung aus. In seinem Schlusswort warnte auch der Referent vor dem unbedachten Uebertritt und sprach für festes Zusammenhalten innerhalb des Zentralver- bandes.

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe. Das Sommer- semester, welches 10 Vortragswochen umfassen wird, be- ginnt Montag, den 26. April. Geheimrat Dr. von Zwieme- den-Südenhorst, der seit 1908, d. h. seit dem Bestehen der Kurse über Volkswirtschaft gelehrt hat, ist einem Ruf nach Breslau gefolgt; seine stets sehr zahlreiche Hörerschaft wird ihn mit Be- dauern scheiden sehen. Nun hat sich in sehr dankenswerter Weise Geheimrat Dr. Gotthelb bereit erklärt, die Vorträge für das Sommersemester zu übernehmen. Er wird über Bank und Börse sprechen. Rechtsanwaltschaft behandelt wie bis- her Oberlandesgerichtsrat Rainhard. Regierungsrat Professor G. Rupp leitet über Nahrungsmittelindustrie und Professor Dr. Astenach über Erzeugung und wirtschaftliche Bedeutung von Materialien der chemischen und metallurgischen Industrie. Der fünfte Abend ist der Allgemeinbildung gewidmet. Geheimrat Dr. Gähner wird über englische Geschichte lesen mit besonde- rer Berücksichtigung der Staatsbildung, Parlamentarismusbildung, der irischen Frage und der Kolonialpolitik.

Um der Arbeitslosigkeit der Metzgerhelfer zu steuern, hat sich der Zentralverband der Metzger, der Fleischer, Zah- steller Karlsruhe, mit einer Eingabe an den Oberbürgermeister gewandt. In derselben wird ausgeführt, daß hier 94 Metzger- helfer arbeitslos sind und Erwerbslosenunterstützung erhalten oder Notstandsarbeiten verrichten, während 32 Arbeiter vom Lande, die angeblich Landwirtschaft zu Hause untreiben, im hiesigen Schlachthof arbeiten. Infolge Mangels an Schlach- tpferden wurde die frucht. Pferdewerkserei eingestellt und die vier Metzger dadurch erwerbslos, während 3 Arbeiter vom Lande als Nachwächter tätig sind. Die Verbandsleitung ermahnt, daß im Interesse der hiesigen Umlagezahler zuerst die hiesigen Arbeitslosen beschäftigt werden.

Der Bad. Beamtenbund hat seine Geschäftsräume in den Vorderflügel des Schlosses verlegt.

Sum Kommandanten des 3. Gendarmeregiments wurde anstelle des in den Reichsdienst zurückgetretenen Oberst Ruenzer Major Albrecht Seneca ernannt.

Gegen den Mörder! Im Monat März 1920 wurden durch die hiesigen Gerichte 27 Personen wegen Freischießerei, uner- laubten Handels, sowie Vergehens gegen die Fleisch-, Milch-, Brot-, Eier- und Kartoffelversorgung mit Geld von 5-1000 M im Unbedinglichkeitsfalle von 1 Tag bis zu 67 Tagen Ge- fängnis rechtskräftig bestraft.

Selbstmordversuch. Gestern vormittag wurde ein hier wohn- hafter lediger Tagelöhner im Durlacherwald beim Altesfeld in schwerverletztem Zustand mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe aufgefunden. Er hatte einen scharf geladenen Revolver in der Hand. Angeblich liegt Selbstmordversuch vor. Der Beweggrund ist unbekannt.

Veranstaltungen.

Landestheater. Die Neueinstudierung von Shakespeares fünftägigem Schauspiel „Das Wintermärchen“, Musik von Engelbert Humperdinck bringt eine fast lückenlose Neubesetzung der männlichen Hauptrollen. Der König Leonos spielt Bruno Schönfeld, Polyrhymus Robert Wierner, den Epiphonus Auto- chus Rudolf Esfel, Frau Ermacht stellt die Hermione dar, Pau- lina und Perdita sind in den Händen von Marie Frauenhorfer und Ludwig Helm. Des Weiteren sind in Hauptrollen beschäf- tigt Fritz Herz, Paul Köfchen, Erich Gaff, Paul Gemmele und Paul Müller. In Szene gesetzt wurde das Werk von Felix Daumbach, musikalische Leitung Georg Hofmann.

Valuta-Bericht vom 22. April.

Die Mark notierte in der Schweiz unverändert 925 Ctm. Auszahlung Holland notierte etwa 240 M per hell. Gulden; Schweiz etwa 10,85 M per schw. Fr.; England etwa 238 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,68 M per frz. Fr.; New York etwa 60,50 M per Dollar.

Kleine Nachrichten.

Hamburg, 22. April. Die Gemeindeglieder der unabhän- gigen sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerchaft haben dem Vorstand der Bürgerchaft ihren Rück- tritt angezeigt.

Berlin. In einer stürmischen Stadtverordnetenversammlung wurde gestern der Antrag auf Sonntagsdienst für den 1. Mai und Aussetzung des Schulunterrichtes von den beiden sozialdemo- kratischen Parteien angenommen.

Rechtshausen, 22. April. Das Kriegsgericht hat einen Kom- munistenführer zum Tode verurteilt.

Schriftleitung: Georg Schöpflin, Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Zeitschriften Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Mundschau, Genes- schaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Distriktsabend über den Volksbund für Sport und Körperpflege im Lokal. Sonntag Wanderung in Programm. Dienstagabend Aufsicht und Bau- kommission im Lokal. 3115

Montag, 7 Uhr im Lokal Gauausführung. Karlsruhe. (Giangereinerin Vassilla.) Diejenigen Mitglie- der, die noch nicht im Besitze von Eintrittskarten sind, müssen ihren Eingang am Samstag durch den Garderobe-Anbau nehmen, wo eine besondere Kasse für Mitglieder vorhanden ist. Auch müssen die zur Mitarbeit bestimmten Mitglieder un- bedingt um 4 1/2 Uhr in der Festhalle sein. 3114 Der Vorstand.

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Morgen Samstag abend punkt 8 Uhr Vierteljahrsversammlung im Lokal zum „Lamm“. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. 3108

Wassersstand des Rheins.

Schutterinsel 193, gest. 5; Reil 288, gest. 7; Maran 454, gest. 12; Mannheim 354, gest. 5. Rheinstrom.

Badisches Landestheater.

Freitag, den 23. April 1920. 1032

Troubadour.

Oper in vier Akten von G. Verdi.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 1/10 Uhr.

Im Landestheater. Spielplan v. 21. April bis 3. Mai. Ca. 24. neu einstudiert: „Das Wintermärchen“ (Gr. Pr.) 6 1/2. — Co. 25. „Carmen“ (Gr. Pr.) 6. — No. 26. „Das Wintermärchen“ (Gr. Pr.) 6 1/2. — Die 27. „Der Freischütz“ (Hohe Pr.) 7. — Mi. 28. „Kameraden“ (Gr. Pr.) 7. — Do. 29. „Die Fledermaus“ (Hohe Pr.) 7. — Fr. 30. „Die seltsame Erziehung“ (Gr. Pr.) 7. — Sa. 1. Mai zum erstenmal: „Der Schmied von Nubla“, Oper in 3 Akten von Friedr. Aug. (Hohe Pr.) 7. — Co. 2. „Mignon“ (Gr. Pr.) 6 1/2. — No. 3. „Das Wintermärchen“ (Gr. Pr.) 6 1/2.

Im Konzerthaus. Co. 25. „Im weißen Rößl“ (Gr. Pr.) 7. — Co. 2. Mai „Mit Heideberg“ (Gr. Pr.) 6 1/2. — Vorrecht der Vorzugsarten zu den Vorzugs-Vorstellungen im Landestheater und zu allen Konzerten-Vorstellungen am Samstag, 24. April, in den Verkaufsstellen und an der Theaterkasse (Soubrette) heute vorm. 10-11 Uhr. Verkauf zum Kassenspreis von Montag, den 26. April an, Vorverkaufrecht (je 2 Karten). Der (Höflich) über den Vorzugsarten zu Mignon am 2. Mai am Montag, den 26. April, nachmittags 1/4 bis 5 Uhr, allgemeiner Verkauf hierzu von Dienstag den 27. April an.

Wegen Vornahme der gründlichen Frühjahrsreinigung bleiben unsere Diensträume am Montag, den 26. ds. Mts.,

für das Publikum geschlossen.

Stadtkassette A. 1029

Schalterstunden b. Nahrungsmittelamt.

Ab Montag, den 26. April 1920, sind die Schalterstunden des Nahrungsmittelamtes geöffnet: von 1/8 Uhr vormittags durchgehend bis 3 Uhr nachmittags.

Karlsruhe, den 22. April 1920. 1020

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Samstag, 24. April als Dienstag, den 27. April 1920, in den Verkaufsstellen Nr. 188 bis einschließlich Nr. 192 an die dort eingetragene Kundschaft, gegen die Warenkarte K 126. Rohmenge 1/4 Pfund. Preis M. 2.60 für das Pfund.

Karlsruhe, den 22. April 1920. 1088

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Städt. Milchamt.

Pferdefleisch-Verkauf.

Einschlachtung der Marke 4.

Serie D, siegelrote Karten. Verkaufsstelle: Durlacherstraße 59.

Freitag, den 23. April 1920, Nr. 80 501—32 600.

Kopfmenge: 125 Gr. Fleisch. 1027

Karlsruhe, den 22. April 1920.

Städt. Fleischamt.

Stickstoffdünger: Schwefelsaurer Ammoniak

wird solange Vorrat reicht in kleinen Mengen an die Kleingartenbesitzer und Landwirte der Vororte von Karlsruhe abgegeben durch die Städt. Güterverwaltung Karlsruhe-Mühlburg. Abgabepreis jeweils Freitag von 8-12 Uhr vorm. und 2-5 Uhr nachm. im Gutshof Mühlburg. 1037

Geschäfts-Empfehlung.

Der Einwohnerschaft Karlsruhe-Mühlburg empfehle ich mich in Zigarren, Zigaretten, Tabak und sämtlichen Rauchutensilien. 3085

Zigarrenhaus Burkhard

Rheinstraße 9 Rheinstraße 9

Inhaber: Karl Knosp.

Altpapier und Lumpen

jedes Quantum läuft zu höchsten Tagespreisen

D. Turner

Telefon 5426. Sophienstraße 66.

Aushilfskellnerinnen

sucht 972

Städt. Arbeitsamt

Sachabteilung für das Hotel- u. Wirtsgewerbe

Jähringerstr. 88, Erdgesch. 3088

Samstags geöffnet von 10 bis 12 Uhr.

Weine

Rappoltsweiler, Reichenweierer etc. rote und weiße offerieren heute, infolge Zollnachlass, solange Vorrat billigst

Franz Fischer & Cie.

Wein-Grosshandlung — Wein-Import
Fernsprecher Nr. 163. 3068

Aufgebotsverfahren.

Der Franz-Konrad, Schneidmüller, hier, Jähringerstraße 110, hat den Verkauf gestellt, die Wohnsicht

- Nr. 1726 vom 20. Januar 1920 über 1 gold. Reiter, 14 gr. (Kleberling) (Hb.) und 1 Reiter (Hb.) 71 gr, geschätzt zu 100 RM. u. beliehen mit 75 RM.
- Nr. 1876 vom 2. Februar 1920 über 1 gold. Armabanduhr und 1 alte gold. Waage, geschätzt zu 150 RM. u. beliehen mit 100 RM.
- Nr. 2632 vom 17. Februar 1920 über 1 Karabiner mit 1 Rubin und 10 Tafelsteinen, 1 Ring mit 1 Brillant und 1 Ring mit 1 Rubin, geschätzt zu 200 RM. u. beliehen mit 150 RM.
- Nr. 3003 vom 25. Februar 1920 über 3 m. Stoff und 4 m. Seidenstoff, geschätzt zu 400 RM. u. beliehen mit 200 RM.
- Nr. 3078 vom 11. März 1920 über 4,50 m. Stoff, geschätzt zu 500 RM. u. beliehen mit 250 RM.

für kraftlos zu erklären. Auf Grund des § 44 unserer Statuten fordern wir hiermit den Inhaber der genannten Pfandrechte auf, solche innerhalb eines Monats von der erfolgten Einreichung an zu erklären, bei uns vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Pfandrechte erloschen wird. Karlsruhe, den 20. April 1920. Städt. Spar- und Pfandleihkasse.

Am Montag, den 19. April 1920 wurde an der Kreisversammlung im Restaurant „Thiergarten“ mein Schirm bewacht. Ich ersuche den Gewahrsahhaber, ihn mir wieder zu stellen und den Schirm zu besorgen. D. Meiser, Hauptstr. 20.

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Zu verkaufen:

3 Bettstellen mit Holz und Korbteil, 1 eiserne Kinderbettstelle, versch. Federbetten, 1 zweilöcherig Herd, 1 Spiegel, 1 gutehaltene schwarze Angulohose und versch. Kleiderstücke 21 part.

sehr gut erhalten, preiswert abgegeben. an Dräger, Kreuzstraße 31. 3127

Gesellschaftshaus für Brauereie!

Neue eisenfarb. Schlafzimmer mit Spiegel, Schrank u. prima Hochhaarmatratze wegen Platzmangel sofort zu verkaufen. Seiferstraße 69, Ecke Bahnhofsbrücke, Krämer.

Neuer Anzug

guter Stoff und guter Schnitt für kräftige Figur zu möglichem Preis zu verkaufen von 4 Uhr ab Seierheim, Maria-Alexandrastraße 16, 5. II.

Kinderwagen

zu verkaufen bei Hopy, Poststr. 24, Hof rechts I.

Fleisch-Ausgabe.

Diese Woche erfolgt eine Ausgabe von Wurstfleisch in nachstehender Reihenfolge u. zwar: Bei den Metzgerm. Bredt, Bühler, Wull, Wurr, Ed. Fejer Friedr., Fejer Karl, Griech, Kauffmann, Klenert, Knecht, Köffel Ernst, Köffel Hermann und Siegrist: Samstag, den 24. April ds. Jrs. vormittags von 8 bis 12 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben: A bis mit B; nachmittags von 1 bis 5 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben: C bis mit D.

Prof-Verzierung.

Unsere derzeitigen Restbestände werden, um ein bestimmtes Brot herzustellen, ausschließlich zur Brotverfertigung notwendig. Es kann deshalb z. Bt. Mehl auf Brotkarten nicht verarbeitet werden. Durlach, den 21. April 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt: Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1039

Nachruf!

In der Frühe des 19. April verschied nach schwerem langwierigem Leiden unser Gründungsmitglied und treuer Förderer der Genossenschafts-sache, der Schlosser

Jakob Glunz in Gaggenau

Wir werden dem allzufrüh Entschlafenen ein treues Gedenken bewahren. 3120

Bezirks-Konsumverein Baden-Baden.

zur Pflege bei Schuppen, Haaranstall, mangelhaftem Haarwuchs empfiehlt sich durch seine bewiesenen Erfolge.

Alkohol-freies Hellmico

zur Pflege bei Schuppen, Haaranstall, mangelhaftem Haarwuchs empfiehlt sich durch seine bewiesenen Erfolge. Gold-Medaille Dresden 1912. Haarwasser gr. Fl. Hellmico M. 7.50. Haarcrem, gr. Dose M. 7.— bei K. Bieler, Parfümerie-Laden, Kaiserstraße 223 zwisch. Douglas- u. Hirschrstr. Versand nach auswärts unter Nachnahme. 2533

Damen-Schneiderin

nimmt noch einige Kunden für Anfertigung einfacher und feiner Damen-Garderobe an. 1130 Morgenstraße 51, partier.

Bruchsaler Anzeigen.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Städt. Lebensmittel-Verkauf

Fleisch für Kranke: für die zweite Woche am Samstag, den 24. April ds. Jrs. bei Illmer, Ede Stadtgraben- und Friedrichstraße, für die dritte Woche am Montag, den 26. April ds. Jrs. bei Häring, Durlacherstraße.

Rastatter Anzeigen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Land.

Gemäß § 3 der Verordnung vom 1. April 1920, betr. Heranführung der Grundlöhne und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung, haben die Kassenverwaltungen der obgenannten Kassen die Grundlöhne, Beiträge und Leistungen der Kassen mit Wirkung vom 26. April 1920 wie folgt festgesetzt:

In Vohn- stufe	Bei einem täglichen Arbeitsverdienst	Grund- lohn	Grund- beitrags- pro Woche	Zu- zahlung- pro Woche	Dabon haben zu tragen						Sterbe- geld		
					Kranken- Ver- siche- rung	Invald- Ver- siche- rung	Zu- sammen	Kranken- Ver- siche- rung	Invald- Ver- siche- rung	Zu- sammen			
I	518	4.49	4.—	1.32	—50	—83	—25	1.13	—44	—25	—69	2.—	80.—
II	bon 4.50	6.99	6.—	1.98	—50	1.32	—25	1.57	—66	—25	—91	3.—	120.—
III	7.—	8.99	8.—	2.64	—50	1.76	—25	2.01	—88	—25	1.13	4.—	160.—
IV	9.—	11.99	10.—	3.50	—50	2.20	—25	2.45	1.10	—25	1.35	5.—	200.—
V	12.—	15.99	14.—	4.62	—50	3.08	—25	3.33	1.54	—25	1.79	7.—	280.—
VI	16.—	19.99	18.—	5.94	—50	3.96	—25	4.21	1.98	—25	2.23	9.—	360.—
VII	20.—	24.99	22.—	7.26	—50	4.84	—25	5.09	2.42	—25	2.67	11.—	440.—
VIII	25.—	30.99	28.—	9.24	—50	6.16	—25	6.41	3.08	—25	3.33	14.—	560.—
XI	31.—	38.99	34.—	11.22	—50	7.43	—25	7.73	3.74	—25	3.99	17.—	680.—
X	37.— und mehr	40.—	40.—	13.20	—50	8.89	—25	9.05	4.40	—25	4.65	20.—	800.—

Für Versicherte ohne Entgelt beitragen die wöchentlichen Krankenversicherungsbeiträge 88 Pfennig. Arbeitsgeber und Versicherten empfehlen wir, diese Gesamtsumme auszuscheiden und auszubehalten. Tabellarische Uebersichten sind nach Fertigstellung bei den obigen Kassenverwaltungen und außerdem bei den Rechnerstellen der allgemeinen Ortskrankenkasse Rastatt-Land zu haben.

Die Versicherungsgrenze für Angestellte wurde auf 20 000 Mark ausgedehnt. Die Annahmen der wieder versicherungspflichtig werdenden Angestellten müssen alsbald bewirkt werden. Rastatt, den 21. April 1920.

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt: Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Land: Freig.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler Hamburg

Zahlstelle Karlsruhe. Am Samstag, den 24. April, abends 8 Uhr, in der „Wolfschlucht“ Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Rechenschaftsbericht der Ortsverwaltung und Wahl derselben.

Achtung! Achtung! Aushilfsweise Angestellte der Postbehörden.

Am Sonntag, den 25. d. M., vorm. 10 Uhr, findet im „Goldenen Adler“, Karl-Friedrichstr., eine Öffentl. Protestversammlung der aushilfsweise Angestellten der Post, Postfach, Fernsprech-, Telegraphenämter statt.

Wie stellen wir uns zur Entlassungsstrafe gemäß minister. Verfügung vom 9. 2. 1920? Referent: Gewerkschaftssekretär E. Schierholz. Zentralrat der aushilfsweise Angestellten bei Behörden.

Zentral-Verein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens

Öffentlicher Vortrag des Herrn Dr. Jomar Freund aus Berlin. „Was bringt die neue Zeit?“ am Samstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des „Kaffeehaus“, Kriegstr. 88.

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Sommer-Semester 1920. Beginn: 26. April. Dauer: 10 Vortragswochen. 1. Grundbuch und Hypothekensrecht. Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe.

1 Für sämtliche Kurse M 15.— M 20.— 2 Für 1 Semesterkurs „5.— 6.— Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen:

Holz Karl Unser, Kohlenhandlung

badisches (auf Holzarten) und anherbadisches hat abzugeben zu den festgesetzten Höchstpreisen ab Lager und zugeführt 3100



Grammophon-Platten

Apparate von Mk. 290.— an in grosser Auswahl

Deutschen Grammophon-A.G.

Kaiserstraße 176 — Eckhaus Hirschstraße.

Bekanntmachung

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend. Die Ziehung der 5. Klasse der 15. Preussisch-Süddeutschen (241. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 7. Mai 1920 beginnen.

Fröbel-Seminar für Kinderzärtnerinnen und Jugendleiterinnen m. Abschlussprüfung unter staatl. Leitung. Karlsruhe i. B. 2957

Die weißen Stoff-Schäfte

von Stadler werden überall verlangt, wegen ihrer guten Puffform und sauberen Ausführung. Ein Versuch führt zur Nachbestellung. Stellen des Stoffes vorläufig erwünscht. 3007

Bettstellen Matratzen

mit Seegrass-, Woll- und Rosshaar-Füllung in bester Verarbeitung. Leinen und Halbleinen Bettmatten, Bettkatten Bettbarchent, Matratzendroll Bettwäsche, Bettledern.

W. Boländer

Kaiserstrasse 121. Mehrere Anwesen verschiedener Größe in Karlsruhe und auswärts zu verkaufen. 2122

Einen guten Fang



macht Jedermann der seinen Bedarf in Messer- und Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 1005

Karl Hummel, Werderstr. 13, Tel. 1547



Frühjahrs-Konzert

Sonntag, den 25. April, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des „Nächstenhaus“



Karlsruher Fußball-Verein

Schirmherr: Prinz Max v. Baden. Geschäftsstelle: Zirkel 29, Tel. 1193.

1. Mannschaft Pokalspiel

gegen F.C. Mühlburg 1/4 Uhr Mühlburger Platz.

Je 1 Mannschaft in Lorsch und Baden-Baden. 4 Mannschaften in Teutschneureuth.

Leichtathletik-Abteilung: Übungs-Abende: Montag, Mittwoch und Freitag, 5 Uhr Treffpunkt Sportpl.

Voranzeige: Samstag, den 8. Mai. Monats-Versammlung im Gartensaal Moninger.

F. C. Frankonia Karlsruhe e. V.

Sportpl. Durlach. Allee Straßenbahn-Haltestelle am Schlachthof. Samstag, Abend 7 1/2 Uhr im Schlachthof.

Verbandsspiel Phönix A. H.

gegen Frankonia A. H. Nachm. 7 1/2 Uhr.

Verbandsspiel F.V.B.-Baden I. gegen Frankonia I. Nachm. 1 Uhr.

Beiertheimer Fußball-Verein

Sonntag, 25. April 1. Mannschaft in Heilbronn. Abf. 9.30 Hauptbahnhof.

Arb.-Radfahrerbund „Solidarität“

Gau 22. Bezirk III. Sonntag, den 25. April 1920, vormittags 9 Uhr beginnend, findet in Karlsruhe, Eckhaus zur „Gambriushalle“, Erbprinzenstr. 30, unter

Bezirksstag

Die Vereine werden ersucht, die Delegierten wie aus dem Rundschreiben ersichtlich, zu entsenden. Der Bezirksausführ.

Walhalla



23. Stiftungsfest

veranstaltet von der Karlsruher Athleten-Gesellschaft — gegründet 1897 — unter gütiger Mitwirkung des Mandolita-Touristen-Vereins „Edelweiß“, sowie des beliebten Salon- und Charakter-Komikers Hrn. Müller (gebürtig Badenia-Müller), verbunden mit Pyramiden-Bau, Spezialübungen, Stämmen und Sech-Ringkämpfen. 3116

Freie Turnerschaft Bulach

Am Sonntag, den 25. April auf dem Turnplatz (Scheibenhards)

Schau-Turnen und Wettspiele

Programm: Nachmittags 1/2 Uhr: Abmarsch vom Lokal. Nachmittags 2 Uhr: Fußball: Mannheim-Neckarau I gegen Bulach I.

Kaufe!

zu höchsten Preisen Kleider, Uniformen, Hüte, Schuhe und Ketten. Kaufpreis erh. ab S. Agelrad Eisenwerkstr. 32.

K.F.C. PHÖNIX

PHÖNIX — ALEMANNIA Samstag, den 24. April, nachmittags 1/2 4 Uhr: Schüler I — Schüler I V.i.B. Fasan-Garten

V.f.R. Mannheim I

Phönix I. Sonntag, den 25. April: 9 Uhr: IV. — Viktoria Durlach II.

Jannkuch & Co

Neues Sauerkraut

das 35 Pf. Jannkuch & Co

Jannkuch & Co

das 35 Pf. Jannkuch & Co